

IFSH aktuell

Mitteilungen • Forschungsprojekte • Personalien • Publikationen • Aktivitäten

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg • Falkenstein 1 • 22587 Hamburg

„Friede als Ernstfall“

ein IFSH/VDW-Kolloquium mit Bundespräsident Rau

Viel, ja zu viel menschliche Energie wurde und wird in der Geschichte unseres Erdballs immer wieder aufgebracht, um bewaffnete Auseinandersetzungen vorzubereiten und zu führen. Der Friedensforschung wird damit allzu häufig die beschränkte Agenda des negativen Friedens diktiert. Dort, wo das vielbeschworene Kind in den Brunnen gefallen ist, soll sie nach Wegen und Instrumenten forschen, den Nicht-Krieg wieder herzustellen. Auch angesichts der Terroranschläge auf das World Trade Center und der darauf folgenden US-amerikanischen Luftschläge auf Machtzentren der Taliban in Afghanistan richtet sich das öffentliche Interesse an der Friedensforschung hauptsächlich wieder auf ihre Möglichkeiten zu einer Beendigung von Gewalt beizutragen. Friedens- und Konfliktforschung hat freilich mehr zu bieten. In diesem Zusammenhang scheint es wichtig, sich an Gustav Heinemanns Differenzierung von Krieg und Frieden zu erinnern. „Nicht der Krieg ist der Ernstfall, der Friede ist der Ernstfall, in dem wir uns alle zu bewähren haben, weil es hinter dem Frieden keine Existenz mehr gibt.“¹⁾

Anlässlich der Präsentation des Buches „Friede als Ernstfall“ von **Bundespräsident Johannes Rau** am 12. Oktober 2001 ergriffen das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) und die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) die Gelegenheit über Wege einer grundlegenden Friedenssicherung im Heinemannschen Sinne nachzudenken. Vier renommierte Redner stellten in der Vertretung der Hansestadt Hamburg in Berlin ihre Beiträge zum „Ernstfall des Friedens“ vor: der Autor des gleichnamigen Buches, **Bundespräsident Johannes Rau**, der Vorsitzende des Rates der EKD, **Mannfred Kock**, der Bischof von Eichstätt und Militärbischof für die Bundeswehr, **Dr. Walter Mixa** und **Professor Dr. Hans-Peter Dürr**, Vorsitzender der VDW.



Bundespräsident Johannes Rau bei seiner Rede anlässlich der Vorstellung seines Buches „Friede als Ernstfall“ in der Hamburg-Vertretung in Berlin am 12. Oktober 2001

In seinem Eröffnungsvortrag vertrat der Bundespräsident die Ansicht, dass der Terrorismus als „privatisierte Gewalt“ (Erhard Eppler) hauptsächlich aus der Erfahrung geboren werde, „... über das eigene Geschick nicht mehr bestimmen zu können. Das ist es, was viele Menschen verzweifeln lässt. Es ist das Gefühl, dass die eigenen Bindungen, Überzeugungen und Werte nichts mehr gelten, dass sie hinweggefegt werden.“ Daraus ergebe sich eine doppelte Verantwortung: erstens gelte es in einen Dialog zwischen den Kulturen einzutreten, der von dem Grundsatz getragen sei, den anderen zu verstehen und zu achten sowie vor allem die über ihn entstandenen Vorurteile zu kennen. Im Mittelpunkt müsse aber die Bereitschaft stehen, uns mit der Kritik auseinanderzusetzen, die an *unserem* Verhalten ge-

aktuell, Nr. 46 / Oktober 2001

übt werde. Dazu gehöre „... der Vorwurf, unsere Gesellschaften seien von weitgehendem Werteverlust, von überbordendem Materialismus und rücksichtslosem Individualismus geprägt“. Angesichts der Tatsache, dass täglich vierundzwanzigtausend Menschen, darunter achtzehntausend Kinder unter fünf Jahren Hungers sterben, komme zweitens der Entwicklungshilfe der Charakter von Friedenspolitik zu. Solchermaßen sei Friedensgestaltung immer auch ein dynamischer, zielgerichteter Prozess. Er sei nur dann dauerhaft, wenn ständig faire Kompromisse geschlossen und unterschiedliche Interessen ausgeglichen würden. Dazu bedürfe es eines langen Atems und vieler Verbündeter.

Der EKD Ratsvorsitzende Kock rückte den Klagecharakter des Friedens in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. „Der Friede muss klagen, weil die Mühen der Politik nicht ausreichen oder auch fehlerhaft waren, so dass am Ende nur noch die Gewalt bleibt, dem Übel zu widerstehen.“ In Anlehnung an die „Querela Pacis“ („Die Klage des Friedens“) von Erasmus von Rotterdam aus dem Jahr 1517 warnte er davor, „... dass man, um großem Terror-Übel zu widerstehen, zu den Waffen greife“. Vor allem seien dann doch die mitgetroffenen kleinen Leute, die Frauen und Kinder, die Millionen auf der Flucht zu beklagen. Wer sich auf Jesus Christus berufe,

1) Gustav W. Heinemann, *Der Frieden ist der Ernstfall*, München 1981 (Kaiser Traktate, 59), S.57-60, hier: S.60.

Aus dem Inhalt

- CORE-Projekt zu VN- und OSZE-Missionen bewilligt
- Die Einbindung der Flüchtlingsdimension in die EU-Außenpolitik
- Mission Information Package Kosovo
- Zivile Säulen internationaler Friedensmissionen

der müsse ein Friedensstifter sein und den Frieden von Herzen wollen. Krisen und Konflikte müssten gewaltfrei bearbeitet werden, Kriege seien nach allen Kräften zu verhindern. Seit dem Westfälischen Frieden von 1648 würden konfessionelle Gegensätze in Europa dadurch befriedet, dass sie als Gegensätze nebeneinander bestehen blieben, ohne der einen oder der anderen Seite den Sieg zuzusprechen. Darüber hinaus müsse die internationale Friedensordnung als Rechtsordnung begründet und gestärkt werden. Im Einklang mit dem Hirtenwort der deutschen römisch-katholischen Bischöfe vom 27. September 2000 unter dem Titel „Gerechter Friede“ forderte Kock: „Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten!“ Friedensfachdienste, soziale Lern-, regionale Friedens- und internationale Freiwilligendienste setzten dabei wichtige Zeichen.



Prof. Dr. Hans Peter Dürr, Vorsitzender der VDW und Manfred Kock, Vorsitzender des Rates der EKD

dernten Dialog der Kulturen und Religionen stellte Mixa jedoch die selbstkritische Frage, ob die westliche Zivilisation im Hinblick auf die des Orients tatsächlich und wahrhaft dialogfähig sei. Angesichts der bewaffneten Reaktion der USA auf den Terroranschlag vom 11. September warf der Bischof abschlie-

gen, großen, offeneren, immateriellen Wirklichkeit. ... Ingeheim wissen wir Menschen, dass wir im Grunde alle verbunden sind.“ Weil solchermassen Leben gelingt, kann auch Frieden gelingen! Die Menschen könnten lernen, ein „Plussummenspiel zu inszenieren“, indem sie die Vorzüge von Differenzierung und Vielheit betonten. Wir bräuchten daher eine Globalisierung, die diese Differenzierung der Kulturen respektiere. Das Ganze sei mehr als die Summe seiner Teile. Eine Weltkultur könne demzufolge nicht in einer, sondern müsse in sehr vielen Sprachen reden.

Friedenspolitisch sei es notwendig, gewaltlose Alternativen der Konfliktbearbeitung zu entwickeln, „... wobei die Hauptarbeit ganz ‚unten vor Ort‘ bei den Menschen geleistet werden müsse“. Politik könne solche Prozesse freilich unterstützen, indem sie eine Verpflichtung zur Konfliktbearbeitung durch die Einrichtung eines Friedens- oder Mediationsdienstes für alle Jugendlichen, Männer und Frauen, schaffe. Die Weiterentwicklung des Verteidigungsministeriums, das einmal Kriegsministerium hieß, in ein Ministerium für Konfliktbearbeitung und Friedenssicherung sei ein Gebot der Stunde.

In einer abschließenden, von **Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz**, dem wissenschaftlichen Direktor des IFSH, moderierten Diskussion wurden die anregenden Beiträge zur Gestaltung des „Ernstfalls Frieden“ vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse in den USA und in Afghanistan erweitert und vertieft. Das Kolloquium klang mit einem Mittagessen in der Hamburg-Vertretung aus. Für die Mitglieder der VDW schloss sich eine Sitzung an, die ein erstes Resumee der Veranstaltung für Wissenschaft und Öffentlichkeit zog. AK



Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz, Direktor des IFSH und Dr. Walter Mixa, Militärbischof von Eichstätt

Auch der katholische Vertreter, Militärbischof Dr. Mixa richtete sein Augenmerk auf die Frage nach den Ursachen angewandter Gewalt und den zu erwartenden Folgen einer möglicherweise überzogenen Gegengewalt. Wer Frieden wirklich für möglich halte, dessen Aufgabe bestehe in der Förderung des Friedens durch eine Beseitigung der Ursachen für Krieg und Gewalt, insbesondere im Bereich der Gerechtigkeit. Darüber hinaus sei der praktische und politisch organisierten Respekt vor dem Eigenrecht der Nationen auf ihre Kultur und Religion und die sich daraus ergebene soziale Organisation unabdingbar. Militärischer Gewalteininsatz sei nur als „äußerstes Mittel“ und unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit legitimierbar. Bezugnehmend auf den vom Bundespräsidenten eingefor-

hend die Frage auf, ob der Krieg möglicherweise auch im 21. Jahrhundert zu einer sinnstiftenden Instanz werden würde und ob wir auf diese Herausforderung eine Antwort hätten.

Der Physiker Prof. Dürr wandte sich in seinen Ausführungen konsequent den Bedingungen und Wesenzügen des „Ernstfalls Frieden“ zu. „Friede ist voller Lebendigkeit, Liebe, Freude, Lust, mit Farbe, Unterschiedlichkeit und Spannungen, mit Herausforderungen, auch Unstimmigkeiten und Streit, die um Balance ringen.“ Ausgehend von dem Grundgedanken einer Evolution des Lebendigen habe uns das 20. Jahrhundert eine revolutionär neue Weltsicht gelehrt. Die Zukunft sei nicht länger determiniert, sondern im Wesentlichen offen. „Der Mensch ist voll und ganz ein Teil von oder besser ein Beteiligter in einer einzi-

CORE-Projekt zu VN- und OSZE-Missionen bewilligt

Im Juli 2001 bewilligte die Volkswagen-Stiftung Fördermittel für das CORE-Projekt „Leistungsbilanzen von OSZE- und VN-Missionen unterschiedlicher Größenordnung am Beispiel der Missionen in Georgien, dem Kosovo, in Mazedonien und in Tadschikistan“. Ab Dezember 2001 werden zwei CORE-Mitarbeiter beginnen, die weithin anerkannte Forschungslücke bezüglich ziviler multifunktionaler Missionen internationaler Organisationen zu schließen. Sie werden dabei von je einem Mitarbeiter in jedem der vier Länder unterstützt. Zentrale Forschungsfragen sind u.a.: Inwiefern unterscheiden sich die Organisationsstrukturen der Mutterorganisationen VN und OSZE? Welchen Einfluss hat dies auf die Leistungsbilanzen der Missionen vor Ort? Gibt es spezifische Organisationsmuster, welche die eine oder andere Organisation für bestimmte Konfliktsituationen besonders geeignet machen?

Das Projekt beschreitet nicht nur thematisch, sondern auch methodisch Neuland. Wirtschafts- und sozialwissen-

schaftliche Ansätze zur Untersuchung kontingenter Organisationsstrukturen mussten mit politikwissenschaftlichen Konzepten zur Untersuchung von Konfliktzyklen verbunden werden, etwa dem Ansatz des *Conflict Prevention Network* und der *Toolbox* von Michael Lund. Zwei Schlüsselkategorien des Projekts, die Organisations- und Konfliktstrukturen verbinden, sind Effektivität (i.S. des Grades der Zielerreichung) und Effizienz (i.S. der Kosten der Zielerreichung). Andere Aspekte schließen die Wirkung der Beziehungen zwischen den Mutterorganisationen auf den Konfliktprozess und die Akzeptanz der Missionen bei der einheimischen Bevölkerung ein.

Das Projekt will Ergebnisse erarbeiten, die für künftige Feldmissionen von praktischer Bedeutung sind. Dies betrifft deren Mandate, ihre Struktur und Aufstellung, die Art und Weise, in der Missionen geführt und verwaltet werden, sowie die Zusammenarbeit von Missionen verschiedener internationaler Organisationen

WZ

Projekt: Integrating the Refugee Dimension into EU External Policy Die Einbindung der Flüchtlingsdimension in die EU-Außenpolitik

Die zunehmende Besorgnis über Zuwanderungsströme, illegale Migration und Menschenhandel haben dazu geführt, dass Forderungen nach einer stärkeren Koordinierungsstrategie zur Bekämpfung von Ursachen gewaltsamer Vertreibung laut wurden. Als Reaktion auf diese Entwicklungen bekräftigte der Europäische Rat seine Absicht, Asyl- und Einwanderungsangelegenheiten in alle Bereichen der EU-Außenpolitik zu integrieren. Dies impliziert die Ausrichtung der GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU) auf das Ziel, gewaltsame Vertreibung zu verhindern oder zumindest einzugrenzen. Offensichtlich wird diese Ausrichtung bereits in einigen Gebieten der EU-Außenpolitik praktiziert – z.B. in der EU-Politik bzgl. Südosteuropas oder bzgl. der Maghrebstaaten. In diesen Fällen schien die Politik teilweise von der Absicht geleitet zu sein, einen weiteren Zuwande-

rungsstrom in die Mitgliedsstaaten der EU zu verhindern. Es bleibt allerdings offen, wie effektiv derartige Integrationsmaßnahmen sind und inwieweit diese innenpolitischen Zielsetzungen mit anderen außenpolitischen Zielen kompatibel sind.

Das auf die Dauer von zwei Jahren angelegte Projekt wird deshalb folgenden Fragen untersuchen:

- 1) Inwieweit und mittels welcher Prozesse prägen die Besorgnisse über Zuwanderungsströme von Flüchtlingen die EU-Außenpolitik?
- 2) Inwiefern erwiesen sich solche umfassenden politischen Maßnahmen in den Fällen Kosovo, Maghreb und Kaukasus als kohärent und angemessen?

Auf der Basis dieser Analyse soll das Projekt Empfehlungen für eine Verbesserung der EU-Außenpolitik erarbeiten, damit gewaltsame Vertreibung verhindert werden kann.

CB

Mission Information Package erhältlich

Im Spätherbst wird die erste Ausgabe einer Reihe von Missions-Informationen-Paketen (MIPs) auf der CORE-Webseite bereitgestellt. Das erste Paket beschäftigt sich mit Kosovo, an das sich ein MIP über Bosnien-Herzegowina anschließt. Die MIPs stellen die wichtigsten Hintergrundinformationen der jeweiligen Mission und der Region in einer komprimierten, verständlichen und gut anwendbaren Form zur Verfügung. Sie bieten so eine sachdienliche Zusammenstellung für die Mitglieder der UN- und OSZE-Missionen, die im Augenblick eine Schulung durchlaufen, sowie für Politiker, Mitglieder von NGOs und Regierungseinrichtungen, Wissenschaftler und die interessierte Öffentlichkeit.

Die Informationspakete zeichnen sich zum einen durch eine Anordnung der Informationen aus, die einen schnellen Zugriff ermöglicht. Zum anderen wurde im Verlauf der Zusammenstellung immer wieder Rücksprache mit Praktikern gehalten, so dass eine hohe Aktualität und Relevanz gewährleistet werden.

Das Missionsinformations-Paket besteht aus zwei Teilen. Das erste bündelt Informationen über die Geschichte des Konfliktes, den regionalen Kontext und das politische Verhältnis zwischen dem Kosovo und Europa, den Vereinigten Staaten von Amerika und Russland. Daran schließt sich eine Analyse der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation des Kosovo an.

Der Schwerpunkt des zweiten Teils liegt auf der Präsenz internationaler Organisationen in der Region. Nach einem allgemeinen Überblick konzentriert sich die Darstellung auf die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) [United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK)] und die OSZE Mission im Kosovo (OMIK).

Jedes Kapitel ist in sich geschlossen. Karten, Organigramme und geschichtliche Überblicke runden die beiden Kapitel ab. Des Weiteren bieten eine umfangreiche Bibliographie und eine Liste mit

Internet-Adressen den Benutzern die Möglichkeit, auf zusätzliche Informationen zuzugreifen. Das Missionsinformations-Paket über Bosnien-Herzegowina, das Ende des Jahres fertiggestellt sein wird, folgt ebenfalls diesem Aufbau.

Alle MIPs werden vom OSZE-Referat des Auswärtigen Amtes finanziert. Ebenfalls beteiligt sind die OSZE-Mission im Kosovo (OMIK), die Koordinierungseinheit für Kompetenzerwerb und Schulung [Training and Capacity Building Unit] im OSZE-Sekretariat und neue Mitglieder der Missionen, die derzeit dem MIP Kosovo den letzten Schliff geben. Das MIP Kosovo wird im Spätherbst abrufbar sein unter: www.core-hamburg.de RO/VL/BB

KONFERENZBERICHT

„Wer den Frieden will, bereite den Frieden vor“

Unter diesem Motto lud die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen am 12. Oktober im Berliner Reichstag zu einer Fachtagung ein, bei der „Beiträge zur Stärkung der zivilen Säulen internationaler Friedensmissionen“ erörtert wurden. Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes und des Innenministeriums sowie Vertreter von OSZE, EU und der UN-Mission im Kosovo berichteten von ihren Maßnahmen zur Effektivierung ihrer Arbeit in internationalen Friedensoperationen.

Einen Themenschwerpunkt der Tagung bildete die Rolle internationaler Polizeikontingente in Friedensmissionen. **Thorsten Stodiek, M.A.** vom IFSH hielt dazu das einleitende Referat. Der weitgefächerte und hochkarätig besetzte Teilnehmerkreis aus Politik, Wissenschaft und Praxis bildete die Grundlage für angeregte und aufschlussreiche Diskussionen. TS

Englische Fassung des OSZE-Jahrbuchs 2000 erschienen:

Wo steht die OSZE im Jahr 2000, 25 Jahre nach der Schlussakte von Helsinki und zehn Jahre nach der Charta von Paris? Über 30 Autorinnen und Autoren, Wissenschaftler ebenso wie Politiker und Diplomaten, Praktiker mit z.T. leitenden Funktionen innerhalb der OSZE selbst, diskutieren im vorliegenden sechsten Band des OSZE-Yearbooks diese Frage ebenso facettenreich wie kenntnisreich. Neben Konfliktprävention und Streitschlichtung, menschlicher Dimension und demokratischer Entwicklung, Rüstungskontrolle, ökologischen Konfliktsachen und vielen anderen Themen bilden regionale Aspekte (Tschetschenien, Südosteuropa, Kosovo), und insbesondere die Region Zentralasien, die allmählich in den Mittelpunkt der OSZE-internen Diskussionen rückt, weitere Themenschwerpunkte des Jahrbuchs. US

Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH (Ed.), OSCE Yearbook 2000. Yearbook on the Organization for Security and Cooperation in Europe (OSCE), Baden-Baden 2001, 508 S., 48,- DM, ISBN 3-7890-7490-X.

Die OSZE-Jahrbücher können über das Internet bestellt werden bei: www.nomos.de/nomos/shop/shop.htm

CORE Working Papers

Claus Neukirch, Moldovan Headaches. The Republic of Moldova 120 days after the 2001 Parliamentary Elections, Hamburg 2001 (CORE Working Paper 3).

CORE Working Papers sind erhältlich in gedruckter Form (solange Vorrat reicht) sowie unter: <http://www.core-hamburg.de>

CORE Document Surveys

The CSCE/OSCE and the Environment 1975-2000. An Annotated Documentation of Selected Commitments, Decisions, Conclusions & Recommendations (ed. by Claus Neukirch), Hamburg 2001 (erhältlich unter: <http://www.core-hamburg.de>).

Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik

Mária Szabo, Die politische Kontrolle der ungarischen Armee. Ein Beitrag aus dem Internationalen Fellowship-Programm Graf Baudissin, Heft 126, August 2001, 34 Seiten.

Die Studie stellt die Kontrollmöglichkeiten des ungarischen Staates gegenüber seinen Streit-

kräften vor und geht auf Probleme ein, die bei deren Durchführung auftreten.

Kristina Thony/Patricia Schneider, Der Beitrag internationaler Gerichte zur Zivilisierung des Konfliktaustrags - Internationale Schiedsgerichtsbarkeit und Gerichtsbarkeit am Beispiel des Internationalen Schiedshofes, des Internationalen Gerichtshofes, des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und des Internationalen Strafgerichtshofes für das ehemalige Jugoslawien: Ein Forschungsbericht, Heft 127, August 2001, 45 Seiten.

Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik

Dieter S. Lutz, Times of Peace are Times in which Worth is Proved, in: Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Nr. 32/2001.

In dieser Ausgabe der Hamburger Informationen wird die friedenspolitische Konzeption von Bundespräsident Johannes Rau, wie dieser sie in verschiedenen Reden zum Ausdruck gebracht hat, zusammengefasst und kommentiert. Dabei wird ein Schlaglicht auf die Rolle des Bundespräsidenten als Vermittler, Schlichter und Visionär geworfen und die Notwendigkeit einer friedensfähigen Politik betont. Zehn „Ernstfälle des Friedens“, also Friedensgestaltung als positiv definierte Aufgabe, werden in Anlehnung an Raus Konzeption anhand folgender Bereiche thematisiert: Demokratie, Menschenrechte, Erinnerung und Vergebung, Gute Nachbarschaft, Dialog der Kulturen, Soziale Marktwirtschaft, Nachhaltige Entwicklung, Umwelt, Prävention und Föderation. Schließlich wird auf das bisherige Defizit einer gesamtgesellschaftlichen Grundsatzdiskussion friedens- und sicherheitspolitischer Fragen eingegangen.

Hamburger Vorträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik

Helmut Schmidt, Die Selbstbehauptung Europas (Auszüge), in: Hamburger Vorträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik Nr. 10/2001.

Diese Publikation stellt zentrale Thesen eines Vortrages des Altbundeskanzlers, gehalten an der Universität Hamburg, im Rahmen der Vortrags- und Diskussionsreihe „Wissenschaft und Praxis im Dialog“ zum Thema „Die Selbstbehauptung Europas im 21. Jahrhundert“ am 2. November 2000 mit Teilen der sich an den Vortrag anschließenden Diskussion zusammen.

IFSH-aktuell

Susanne Bund (SB), Anna Kreikemeyer (AK), Dieter S. Lutz (DSL); mit Beiträgen von Bernt Berger (BB), Anna Kreikemeyer (AK), Viola L'Hommedieu (VL), Randolf Oberschmidt (RO), Ursel Schlichting (US), Thorsten Stodiek (TS), Wolfgang Zellner (WZ)

IFSH aktuell erscheint unregelmäßig und kann soweit vorrätig über das IFSH bezogen werden.

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg · Falkenstein 1 · 22587 Hamburg
Tel: (040) 866 077-0 · Fax: (040) 866 36 15 · e-mail: ifsh@rz.uni-hamburg.de · homepage <http://www.ifsh.de>

